:antifaschistische nachrichten Nr. 11

g 3336 29.5.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Gedenktafel verweigert

Polen/Skoczów. Die polnische Woiwodschaftsverwaltung von Schlesien hat die Aufstellung einer Gedenktafel für den früheren Präsidenten des „Bund der Vertriebenen“ (BDV), Herbert Czaja (1914-1997), in Skotschau abgelehnt. Die Familie Czajas wollte mit Unterstützung der deutschsprachigen Minderheit der Woiwodschaft anlässlich des 100. Geburtstags von Herbert Czaja eine Gedenktafel an der Fassade seines Vaterhauses, heute eine staatliche Schule, aufstellen. Unterstützung erhält die Woiwodschaftsverwaltung durch die Tageszeitung „Dziennik Zachodni“. Diese hatte in einem Beitrag unter dem Titel „Deutsche wollen in Skoczów den Nazi Herbert Czaja ehren“ über das Ansinnen berichtet. Dabei beruft sich die Zeitung auf Dokumente der Kommission für Ermittlungen der Verbrechen des Hitlerregimes aus dem Jahr 1973 über Czaja.

hma ■

Demo gegen „Vertreibung“

Neisseaue/Zodel. Die revanchistische Kleinpartei „Bund für Gesamtdeutschland“ (BGD) will am 20. Juni in Neißeaue in der Nähe des Ortes Zodel demonstrieren. An der dortigen Gedenktafel für die „Heimatvertriebenen“ will der BGD an „den vor 70 Jahren an unseren Landsleuten begangenen Völkermord“ erinnern. Als Redner werden ab 10 Uhr der schlesische BGD-Landesvorsitzende Siegfried Bunzel und die Fachtierärztin für Rinder, Eleonore Rau, angekündigt. Letztere war 2008 Mitunterzeichnerin des „Manifest der Deutschen“, in dem von „zunehmender Überfremdung“ die Rede ist und u.a. eine „Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht“ gefordert wird.

hma ■

Streit um SS-Gräber

Offenhausen. Im bayerischen Offenhausen wird über die Pflege eines Grabes für drei Soldaten der Waffen-SS gestritten. Auf deren Grabplatten waren unter anderem SS-Runen und ein Gedicht eingraviert, laut denen diese „süß und ehrenhaft fürs Vaterland“ gefallen seien. Auf Grund von Interventionen der örtlichen Pfarrerin und der Stiftung Bayerischer

Rechtsruck in der AfD – Lucke verliert seine Basis

Die letzten Wochen waren geprägt von den sich überschlagenden Ereignissen im parteiinternen Richtungskampf.

anti-kögida – s.S. 3

Zunächst versuchte Bernd Lucke den anschwellenden Angriffen auf seine Person und dem Vordringen rechter Kräfte in Gremien und unter den Delegierten des Bundesparteitags (13./14. Juni) mit einem „Weckruf 2015“ Herr zu werden, den zwar fünf Europaabgeordnete und vier Landesvorsitzende unterschrieben, aber überraschenderweise bei Weitem nicht alle, die Lucke bislang unterstützt hatten. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, dass Luckes Macht in der Partei stark angekratzt ist. Diese FunktionärInnen wollen es sich nicht mit der Partei verderben, die ihnen Posten verschafft hat.

Der „Weckruf 2015“ soll alle Mitglieder sammeln, die der Rechtsverschiebung der AfD entgegentreten wollen. Zugleich pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass er eine Grundstruktur bei einer Abspaltung des moderateren Parteiflügels sein könnte (auch wenn die InitiatorInnen das vehement abstreiten). Der „Weckruf“ gewährt einen Einblick in die innerparteilichen Verhältnisse:

„Auch wir sehen für uns keine Zukunft in der AfD, wenn die Partei nicht entschieden denjenigen Einhalt gebietet, die pöbelnd Aufmerksamkeit auf sich ziehen wollen oder an den politischen Rändern unserer Gesellschaft hausieren gehen. (…) Diese öffentlich wahrnehmbaren Entwicklungen sind leider nur die Spitze des Eisbergs. Ein großer Teil dessen, was die Partei gefährdet, spielt sich in internen Zusammenkünften und Zirkeln ab, in denen die Machtübernahme vorbereitet wird. (…)

Und wir wissen: Wenn wir jetzt nicht entschieden entgegensteuern, ist die Partei verloren. (…) Deshalb kann die AfD nicht erfolgreich sein, wenn manche Führungspersonen weiterhin versuchen, die politischen Ränder aufzuweichen und auch radikale Kräfte integrieren wollen, die grundsätzlich systemkritisch, fundamental-oppositionell und nationalistisch daherkommen.“

Inzwischen haben zwar 2500 Mitglieder den Aufruf unterzeichnet, dennoch konnte er nicht die gewünschte Durchschlagskraft entfalten. Es hat vielmehr den Anschein, als gelänge es seinen GegnerInnen, die Weckruf-Leute mit dem Argument der Parteischädigung in die Ecke zu drängen.

→

Aus dem Inhalt:

Im Zweifel gegen rechts 4
Jean-Marie Le Pen spaltet sich mit eigener Formation vom Front National (FN) ab. Jedenfalls formal... 11

Gedenkstätten wurden die SS-Runen mittlerweile entfernt. Auch das Gedicht soll nun beseitigt werden. Für die Mehrheit der Dorfbewohner scheint das Grab hingegen kein Problem darzustellen, berichten lokale Zeitungen. Die Pfarrerin kündigte unterdessen an, den Ort verlassen zu wollen, und klagt über subtile Anfeindungen.

hma ■

„Flügeltreffen" am Kyffhäuser

KYFFHÄUSER/STEINTHALEBEN. Die Initiatoren der „Erfurter Resolution" in der selbsternannten „Alternative für Deutschland" (AfD) laden am 6. Juni zu einem „Flügeltreffen" am Kyffhäuserdenkmal in Thüringen ein. Man wolle damit „gegen den Zwist, der uns heimsucht, ein Zeichen der Einigkeit setzen", so Björn Höcke für die Einlader. Dabei verkörpere die Kyffhäusersage „die Hoffnung auf eine gute Zukunft für unser Land". Ab 12 Uhr soll es in der Hotelanlage „Burghof Kyffhäuser Denkmal Wirtschaft" ein Programm aus Musik und „richtungsweisenden Reden" geben.

hma ■

An jedem verdammten Montag – Gegen Nazihetze protestieren!

DORTMUND. Am kommenden Montag findet die neunte Montagskundgebung der Nazipartei „Die Rechte" statt. Wie auch in den vergangenen Wochen haben die Nazis nur ein Thema: rassistische Hetze gegen Geflüchtete. Regelmäßig tragen sie dabei ein Transparent mit einem untergehenden Schiff bei sich und verhöhnen so die Toten der europäischen Außengrenzen. Wie jede Woche werden wir auch an diesem Montag wieder gegen die Nazis protestieren und freuen uns, Euch dabei zu haben.

http://www.blockado.info/ ■

Versandet

Eine seit Generationen weitergegebene Weisheit hat sich wieder einmal bewahrheitet: Jede Bewegung kommt bis nach Oldenburg– und versandet dort.

Am 16. März versammelte sich ein Häuflein von 60 Rassisten unter dem originellen Titel "Olgida" vor dem Hauptbahnhof in Oldenburg. Der Anmelder der Kundgebung, der frühere AfD-Kreisvorsitzende in Wildeshausen, Christian Pothin, hatte auch Michael Stürzenberger aus München von der Kleinstpartei „Die Freiheit" eingeladen.

Als weiterer Selbstdarsteller durfte der ehemalige AfD-Aktivist Erich Seifert aus Bremen ans technisch erfreulich störungsanfällige Mikrophon. Zur Entlastung der ca. 550 Gegendemonstranten waren aufgrund der fulminanten Geräuschkulisse die Redebeiträge der Rassisten nicht zu verstehen.

Quelle: Der Bremer Antifaschist; D.H. ■

Verfassungsschutz muss Rechenschaft über Rolle der NPD-V-Leute ablegen

„Die NPD war offenkundig massiv vom Verfassungsschutz durchsetzt. Elf V-Leute sind genau elf V-Leute zu viel", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zu Berichten, der Verfassungsschutz habe noch im Dezember 2011 elf V-Leute in Spitzenpositionen der NPD geführt. „Die Verfassungsschutzämter haben eine Praxis fortgeführt, die vom Bundesverfassungsgericht schon 2003 gerügt wurde. Letztendlich zeigt sich hier, dass Geheimdienste trotz höchstrichterlicher Entscheidungen nicht zu Reformen fähig sind."

Martina Renner, die Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE, ergänzt: „Dabei hat der Verfassungsschutz bis heute nicht in einem einzigen Fall den angeblichen Nutzen der V-Leute nachgewiesen. Vielmehr hat der NSU-Untersuchungsausschuss gezeigt, dass die Nazi-Szene durch V-Leute massiv personell und materiell aufgerüstet worden ist. Und das einzige, was von den fragwürdigen Partnern in der NPD bleibt, ist das Risiko eines erneuten Scheiterns des Verbotsverfahrens."

Die beiden Bundestagsabgeordneten der LINKEN fordern, „dass zumindest im Innenausschuss des Deutschen Bundestages umfassend dargelegt wird, welche konkrete Rolle die V-Leute in der NPD gespielt haben. DIE LINKE hat bereits eine entsprechende Ergänzung der Ausschusssitzung am kommenden Mittwoch beantragt."

Ulllpke, MdB ■

Fortsetzung von Seite 1

Der Bundesvorstand missbilligte den Weckruf mit fünf zu zwei Stimmen. Der Landesverband Sachsen der AfD und die inoffizielle Jugendorganisation „Junge Alternative" (JA) haben einen Unvereinbarkeitbeschluss mit dem Weckruf gefasst. Thüringen will folgen.

Zuvor hatte das Bundesschiedsgericht bereits einen gerade gestarteten Mitgliederentscheid, mit dem der Flügel um Lucke eine bürgerlich-konservative Ausrichtung der AfD festschreiben wollte, untersagt, weil er sowohl gegen die Satzung als auch gegen das Parteiengesetz verstoße.

Des Weiteren wurde die erst im Januar mit einer Zweidrittel-Mehrheit auf dem Bundesparteitag verabschiedete neue Satzung (die nur noch einen Vorsitzenden mit einem Generalsekretär vorsieht) zunächst vom Bundesschiedsgericht in Frage gestellt und dann auch noch vom Bundesvorstand. Es spricht einiges dafür, dass die alte Satzung (mit drei gleichberechtigten Vorsitzenden) wieder in Kraft gesetzt wird – auch damit wäre Lucke auf ganzer Linie gescheitert.

Die künftige AfD

Der kommende Bundesparteitag ist ein Delegiertenparteitag und den Rechten war es bei den Delegiertenwahlen in einigen Bundesländern gelungen, durch Überrumpelung eine Mehrheit unter den Delegierten zu bekommen. In den östlichen Bundesländern haben sie ohnehin klare Mehrheiten.

Deshalb ist es im Moment das Wahrscheinlichste, dass Bernd Lucke aus der Partei gedrängt wird. Die Figuren um Frauke Petry dürften dann zunächst die AfD dominieren. Auf ihre Seite werden sich sowohl die Ambivalenten stellen, die den politischen Gehalt der Streitigkeiten nie begriffen haben, als auch die einstigen Lucke-AnhängerInnen, die aus Opportunismus in der AfD verbleiben (und das werden einige sein).

Die Neue Rechte um Björn Höcke und die „Patriotische Plattform" wird Zulauf durch diverse parteipolitisch bislang heimatlose Rechtsextreme bekommen. Zugleich dürften etliche derjenigen, die der AfD den Rücken gekehrt haben, weil sie ihnen zu wenig rechts war, wieder kommen. Dieser Flügel wird seine Zersetzungsarbeit fortsetzen, bis er die Partei fest in seinen Krallen hat.

F

Nachtrag: Vergangenen Sonntag haben sich einige Landesvorsitzende getroffen, um einen Weg aus der verfahrenen Situation zu finden. Sie schlagen vor, dass weder Lucke noch Petry für den Parteivorsitz kandidieren. Stattdessen sollen nicht benannte Personen aus der „zweiten Reihe" die Flügel integrieren. Lucke soll sich zu einem Verzicht bereit erklärt haben, Petry nicht.

Es zeugt von der Schwäche des Lucke-Flügels, dass er einen Kompromiss anstrebt, der ihm zwar ein Überleben in der AfD sichern, aber den Einfluss auf die Parteipolitik dramatisch verringern würde. Interessant aber auch, dass der radikale Flügel um Höcke ebenfalls zugestimmt hat, sicherlich in der Hoffnung, mehr einflussreiche Positionen erlangen zu können. Ein Angriff dieses Flügels war eigentlich erst für die Nach-Lucke-Zeit zu erwarten gewesen. Und der Petry-Pretzell-Flügel steht nun unter Zugzwang

F ■

KÖGIDA hatte wieder keine Chance

Am Mittwoch 20.5.2015, wollten Neonazis unter dem Namen Kögida am Kölner Hauptbahnhof eine Kundgebung abhalten und anschließend durch die Innenstadt demonstrieren. Im Januar 2015 hatten sie ihre Demonstrationen in Köln angesichts von massenhaften Protesten und Blockaden eingestellt. Sie wollten „sich auf Düsseldorf konzentrieren“. Auch dort beendeten sie nach mehreren Gegendemonstrationen (zum Teil mit Kölner Unterstützung) ihr Treiben ziemlich schnell.

Am Mittwoch versuchten sie es dann wieder in Köln und scheiterten erbärmlich. Ganze 10 Leute versammelten sich auf dem – mit einem großen Polizeiaufgebot – abgesperrten Bahnhofsvorplatz. Ihnen standen ca. 800 Gegendemonstrant*innen gegen über. Es gab bei den Kögidas weder eine Rede, noch Kundgebung noch eine Demonstration.

Ca. 500 Nazigegner*innen demonstrierten anschließend gutgelaunt gegen Rassismus über den Eigelstein. Der Eigelstein war bewusst ausgesucht worden. In der jüngeren Vergangenheit hatte es hier immer wieder von Gruppen aus dem Kameradschafts- und Hogesaspektrum Pöbeleien und Übergriffe auf Menschen mit irgendwie nichtdeutschem Aussehen gegeben.

Die Polizei spielte bei diesen Ereignissen teilweise eine unrühmliche Rolle. In der Regel konnten die rechten Straftäter*innen ohne Angst vor Repression agieren.

Wir gehen davon aus, dass Kögida erst mal wieder aufgibt.

Aber egal hinter welchem Namen sich Rassist*innen in Zukunft verstecken – Kögida, Pro NRW, Hogesa, AfD … – wir werden Ihnen entschlossen entgegentreten.

Köln gegen Rechts – Antifaschistisches Aktionsbündnis ■

Grabenkrieg eskaliert – Pro NRW demontiert sich selbst

Mit einer außerordentlichen Sitzung des Parteipräsidiums von Pro NRW am 14.5.2015 hat der schon länger währende Grabenkrieg einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der stellvertretende Vorsitzende Markus Wiener und der Landesgeschäftsführer Detlef Schwarz wurden „wegen grob parteischädigenden Verhaltens mit Ordnungsmaßnahmen belegt“. Nach einem von Melanie Dittmer, ebenfalls erst kürzlich gefeuertes Pro NRW-Vorstandsmitglied und Dügida-Organisatorin, veröffentlichten Protokoll wurde „mit sofortiger Wirkung das Ruhen der Mitgliedsrechte von Schwarz und Wiener beschlossen, gegen Wiener wird zudem ein Verfahren zur Amtsenthebung sowie für eine zweijährige Ämtersperre eingeleitet“. Kurz zusammengefasst: Wiener und Schwarz sind aus der Partei geflogen.

Ein weiterer Beschluss dürfte das Ende von Pro Köln bedeuten: „Das Präsidium beauftragt den Generalsekretär, in enger Kooperation mit Pro Köln einen Kreisverband der Bürgerbewegung Pro NRW in Köln zu gründen, der sich der Vorbereitung der Landtagswahl 2017 in Köln widmen soll.“ In Köln soll also eine Parallelstruktur zur bestehenden Partei um Markus Wiener aufgebaut werden, um diese politisch an den Rand zu drängen.

Schon seit Wochen gibt es neben dem üblichen Pöstchengeschacher bei Pro NRW einen heftigen Streit um die politische Ausrichtung. Hauptkontrahenten sind dabei Wolfgang Palm und Dominik Roeseler. Roeseler steht für die Annäherung von Pro NRW an Hogesa und Pegida mit ihren diversen Ablegern. Er hatte im Oktober 2014 die Hogesa-Demo in Köln angemeldet und ist seitdem bei dem Hogesa-Ableger „Gemeinsam stark Deutschland“ aktiv. Palm hatte deswegen versucht, ihn aus der Partei zu drängen, um Pro Köln/Pro NRW weiter auf Weg der „seriösen“ Bürgerbewegung zu halten. Bei einer Abstimmung war Palm allerdings knapp gescheitert. Die Retourkutsche kam prompt mit der außerordentlichen Präsidiumssitzung. Neben Wiener und Schwarz dürfte jetzt Wolfgang Palm wohl der nächste Abgang sein. Damit verliert Pro NRW drei ihrer wichtigsten Kader und vollzieht einen politischen Richtungsschwenk. Die verbliebenen Pro NRWler Toni-Xaver Fiedler, Christopher von Mengersen und Dominik Roeseler stehen für die offene Zusammenarbeit mit der extremen Rechten. Der jahrelange mühsame Versuch, sich ein rechtskonservatives Deckmäntelchen überzustülpen ist damit endgültig gescheitert.

Der große Vorsitzende Markus Beisicht scheint diesen Kurs mitzutragen und die Hogesa/Pegida-Fraktion zu unterstützen. Allerdings ist, ungewöhnlich für Beisicht, in der Angelegenheit von ihm selbst nichts zu hören. Schon länger zeichnet sich ab, dass er das Heft nicht mehr in der Hand hält. Vielleicht ist er sogar der nächste Kandidat, der abserviert wird. Sein diktatorischer Führungsstil hatte in den letzten Jahren immer wieder zu Problemen geführt.

Pro NRW/Pro Köln katapultiert sich mit den aktuellen Spaltungen endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt dem jahrelangen antifaschistischen Engagement zu verdanken, mit dem Pro Köln/Pro NRW bei allen Kampagnen immer wieder schnell in die Schranken verwiesen wurde. Die erfolgreiche Kampagne „Kein Veedel für Rassismus“ und die daraus folgende Schlappe bei der Kommunalwahl 2014 hatte im letzten Jahr schon zu ersten Auflösungserscheinungen geführt, in deren Folge Markus Beisicht sich aus Köln zurückzog. Die Beteiligung von Pro-Funktionären bei Hogesa und Pegida hat diesen Prozess deutlich beschleunigt.

Also, Pro NRW/Pro Köln ist auf einem guten Weg, und der führt nach ganz weit unten. Freuen wir uns auf die nächsten Wochen und die nächsten Rauswürfe und Parteiaustritte.

Kein Veedel für Rassismus ■

Im Zweifel gegen rechts

Ein kleines Dorf wehrt sich gegen geplante Ansiedlung einer Neonazi-Kleinpartei

In Stammheim, einem Ortsteil von Kolitzheim bei Schweinfurt, möchte sich die Neonazi-Kleinpartei „Die Rechte“ niederlassen. Dagegen wehrt sich die kleine Gemeinde und wird angefeindet – sichtbar an den Straßen und im Internet.

Die bunten Wimpel und Banner mit großen Buchstaben flattern im Wind, auch rings um den kleinen Brunnen des unterfränkischen Dörfchens. Auf der anderen Straßenseite steht das verlassene alte Gasthaus, das den Leuten in Stammheim, einem Ortsteil von Kolitzheim (Kreis Schweinfurt) seit zig Wochen Kopfzerbrechen bereitet. Die neonazistische Kleinpartei „Die Rechte“ hat im Internet angekündigt, Mieter des Gebäudes zu sein und dort die bayerische Parteizentrale einrichten zu wollen – samt einer Tagungsstätte mit Übernachtungsmöglichkeiten für „Kameraden“. Zum Einstand bedrohten sie auch gleich noch Kolitzheims Bürgermeister.

Doch in Stammheim und den zig anderen Ortsteilen, die zur Gemeinde Kolitzheim gehören, hat sich von Anfang an niemand weggeduckt. Die Menschen sind in die Offensive gegangen, viele haben Banner gemalt, „Stammheim ist bunt“ steht da vielfach zu lesen, der Gemeinderat hat eine Resolution gegen „Die Rechte“ verabschiedet, und jeden Mittwoch treffen sich die Stammheimer zum Runden Tisch, um die Protestaktionen gegen die Neonazis zu koordinieren oder neue zu schmieden. Bisher hat die Rechtsextremen aber noch kaum jemand zu Gesicht bekommen. Die offizielle Einweihung der Parteizentrale soll am 24. Mai stattfinden.

Bürgermeister Horst Herbert (CSU) steht im Visier der Neonazis, weil er von Anfang an gegen deren Ansiedlung Stellung bezogen hat. Deshalb hatte ihn „Die Rechte“ auf Facebook attackiert und „unmissverständlich mehr Zurückhaltung“ gefordert. Man sei mit der insgesamt knapp 5000 Einwohner zählenden Gemeinde bislang nicht auf Konfrontationskurs gegangen, schrieb die Partei im Netz. Allerdings werde der „Nationale Widerstand“ gemeinsam mit „den freien Kräften“ das Immobilienprojekt „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ verteidigen und „für den Fall undemokratischer Schikanen eine angemessene Antwort finden“.

In den vergangenen Wochen wurden nachts Banner mit der Aufschrift „Stammheim ist bunt“ abgerissen – die SPD-Landtagsfraktion vermutet dahinter die Anhänger der Kleinpartei. Eines der Banner soll verbrannt und ein Video davon ins Netz gestellt worden sein. Das seien Methoden wie „in finstersten Zeiten“ der Geschichte, findet die SPD-Abgeordnete Kathi Petersen aus Schweinfurt. Die Kolitzheimer sollen eingeschüchtert werden – doch die denken gar nicht daran, klein bei zu geben. Für den Tag der Eröffnung des Parteihauses am 24. Mai planen die Stammheimer einen ökumenischen Freiluftgottesdienst – direkt vor dem Gasthaus.

Trotz eines privaten Militärmuseums am Ortsrand von Stammheim, in dem altes Militärgerät und Kriegsdevotionalien ausgestellt werden, gab es in Stammheim nie eine rechte Szene: „Die Besitzer des Museums sind sauber“, beteuert Bürgermeister Herbert. Die Inhaberin des Gasthofs sei über ein Insolvenzverfahren an das Haus gekommen. Polizeikreisen zufolge gibt es bislang zwischen der Nürnberger Unternehmerin und der rechten Szene keine offenkundigen Verbindungen. Dass sie es bewusst an die Neonazis vermietet habe und keiner Tarnorganisation auf den Leim gegangen sei, steht für die Ermittlungsbehörden außer Zweifel.

Martin Becher, Leiter der Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum in Bad Alexandersbad (EBZ), findet das einmütige Engagement der Stammheimer gegen die geplanten rechten Umtriebe im Dorf großartig: „Das erlebt man nicht immer so.“ Er hat bereits Verbindungen zwischen den Vertretern der „Rechten“ und der eigentlich konkurrierenden Neonazi-Kleinpartei „Der Dritte Weg“ entdeckt. „Offenbar verbünden sie sich für die ‘nationale Sache’ miteinander“, sagt Becher. Vergleichsweise heftig seien die jetzt schon erfolgten Sachbeschädigungen und Bedrohungen von Rechts.

Dem zuständigen evangelische Pfarrer Georg Salzbrenner bereiten unterdessen berühmt-berüchtigte Personen Sorgen, die in Stammheim bereits gesichtet wurden. So soll Karl-Heinz Hoffmann, der Gründer der rechtsextremen und 1980 schließlich verbotenen Wehrsportgruppe Hofmann, bei den Sanierungsarbeiten am Gasthaus-Dach geholfen und bereits vergangenes Jahr in den Räumen einen Vortrag „vor kleinem Publikum“ gehalten haben, wie ein Stammheimer erzählt. „Was genau hier abgeht, werden wir wohl erst am 24. Mai erfahren“, sagt Pfarrer Salzbrenner. Die Stammheimer jedenfalls sind gewappnet.

Quelle: www.migazin.de 12.05.2015 ■

Politik raus aus dem Stadion !?

Die Neonazi-Szene im Umfeld von 1860 München

Von Stephanie Dilba, Löwenfans gegen rechts

Am 20. März 2015 spielte der TSV 1860 München in der Allianz-Arena gegen den direkten Abstiegskonkurrenten VfR Aalen und lag seit der 59. Minute mit 0:1 zurück. Die Löwenfans feuerten ihre Mannschaft lautstark an, konnten sich in der 75. Minute über den Ausgleich freuen und hofften danach noch auf den Siegtreffer; währenddessen stahlen drei dunkel gekleidete Personen die Zaunfahne der Löwenfans gegen Rechts. Kurz nach dem Spiel wurde über WhatsApp ein Foto verbreitet, auf dem die umgedrehte Zaunfahne von vier nicht erkennbaren Personen vor einer Giesinger Gaststätte hoch gehalten wird.

Jetzt ist es erst einmal nichts Ungewöhnliches, wenn Fußballfans anderen Fans die Zaunfahne „zocken". Einige Fangruppierungen strengen sich dafür auch richtig an und präsentieren dann die Fahne der gegnerischen Gruppierung stolz und lauthals beim Spiel, um die Gegner zu demütigen. Für Ultra-Gruppierungen bedeutet dies nach einem ungeschriebenen Gesetz in der Regel, dass diese sich dann auflösen müssen.

Nun sind die Löwenfans gegen Rechts allerdings keine Ultra-Gruppierung. Und daher wäre es auch eher peinlich, dass deren Zaunfahne auf diese Weise gezeigt wird. Das Zeichen, das mit dem Diebstahl und der anschließenden Verbreitung des Fotos gesetzt wurde, ist allerdings weniger lustig, sondern vielmehr beängstigend. Denn die Fahne der Löwenfans gegen Rechts wurde zweifelsfrei von Löwenfans bzw. mit deren Unterstützung geklaut und präsentiert. Die Aktion hatte also nichts damit zu tun, dass die Fahne Löwenfans gehörte, sondern dass diese Löwenfans sich gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung im Stadion einsetzen.

Denn dass es Fans von 1860 gibt, die sich davon angesprochen fühlen müssen, war spätestens seit dem 16. März klar, als Teilnehmer der Gegendemo zu Bagida überfallen wurden – von einer Gruppe, unter denen sich neben bekannten Neonazis auch Fans des TSV 1860 befanden. Ob es einen direkten Zusammenhang zwischen diesem Angriff (unter den Gegendemonstranten waren auch Löwenfans) und dem Fahnenklau gibt, ist unklar.

Klar ist jedoch: Es gibt Fans bei 1860, die sich durch die Löwenfans gegen Rechts gestört fühlen. Die offensichtlich die Arbeit der Löwenfans gegen Rechts und deren Einsatz nicht akzeptieren wollen. Die es nicht gut finden, wenn Rechtsextreme und Neonazis aus dem Stadion geworfen werden. Die es nicht gut finden, wenn Fans und Spieler egal welcher Hautfar be, Religion, sexuellen Orientierung oder welchen Geschlechts sich bei 1860 wohlfühlen. Die es nicht gut finden, wenn sich der Verein öffentlich gegen Bagida und für München ist bunt ausspricht. Und die bereit sind, auch über Facebook-Kommentare und anonyme Anfeindungen hinauszugehen.

Um ein Zeichen zu setzen gegen Rechts und um ihre Solidarität mit den Löwenfans gegen Rechts auszudrücken, organisierten Fans verschiedener Gruppierungen eine T-Shirt-Kampagne. Shirts mit der Aufschrift „Wir sind Löwenfans gegen Rechts" wurden beim darauf folgenden Heimspiel verkauft. Die Aktion wurde sehr positiv aufgenommen und bekam viel Unterstützung – von Fans aus ganz Deutschland, sogar von Fans des FCB.

Aber keine drei Stunden nach Bekanntgabe auf Facebook kamen auch schon die ersten „kritischen" Kommentare: „Politik hat im Fußball nichts zu suchen. Weder links noch rechts" oder „Ihr habt se euch bestimmt selbst gezockt um mal wieder die Stimmung untereinander aufzuheizen und euch in den Vordergrund zu stellen" oder „Aha rechte haben im stadion nix zu suchen. Aber das linke steinewerfer pack schon. Das muss mal einer verstehen" oder „Bevor ihr euch um unwichtige Dinge kümmert solltet man eher den Verein unterstützen. Wer zündet ständig Autos an, schlagen Polizisten halb Tod usw… ? Das sind eure LINKEN Freunde ! Sowas wie euch braucht doch keiner im Stadion, denn das was ihr macht ist auch Volksverhetzung." (Anmerkung: Originalzitate, Rechtschreibung übernommen). Besonders interessant war es zu sehen, wer hier postete: Neben einigen rechten Löwenfans meldete sich beispielsweise auch Karl-Heinz Statzberger zu Wort ebenso wie ein Betreiber eines rechten Versandhandels aus Murnau. Die Kontakte zwischen den Löwenfans und den oberbayerischen Nazis scheinen also schon eng geknüpft zu sein …

Wir sind in München sicherlich noch weit entfernt von Aachener oder Braunschweiger Zuständen (in beiden Städten wurden Fangruppierungen, die sich gegen Rechts engagiert haben, massiv von Rechten bedroht, eingeschüchtert und mehrfach attackiert), allein deshalb, weil die rechten und rechtsoffenen Fans und Fangruppierungen in München zahlenmäßig gering sind und in der Fanszene bislang wenig Platz haben. Allerdings wird sich schon bald herausstellen, wie sich der Konflikt zwischen den rechten und rechts-offenen Fans, die mitunter zu Gewalt neigen und Kontakte zu Neonazis aus dem Kameradschaftsumfeld pflegen, und den Fans, die Rechtsextremismus und Diskriminierung ablehnen, weiter entwickeln wird. Denn beide Lager scheinen größer zu werden. Es muss dabei gesagt werden, dass erfreulicherweise an den Gegendemos zu Bagida stets deutlich mehr Löwenfans teilnehmen als auf der anderen Seite.

Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus der Stadt München ist bereits auf die beschriebene Problematik aufmerksam gemacht worden und bereitet ein Treffen zur Besprechung der Situation vor.

Nur beim TSV 1860 München sieht man hier wenig Handlungsbedarf: Nach dem Fahnenklau kam aus der Geschäftsstelle des KGaA keine Reaktion, die E-Mails der Löwenfans gegen Rechts bleiben seit Monaten unbeantwortet. Es bleibt zu hoffen, dass nicht erst jemand verletzt werden muss, bis die Verantwortlichen agieren und mehr tun als nur Plakate mit dem Slogan „Kein Spielraum für Rechtsradikalismus" aufzuhängen.

Zuerst erschienen in „mit links – für ein solidarisches München, Ausgabe 52"

Die Löwenfans gegen Rechts treffen sich jeden ersten Dienstag im Monat im Fanheim in Giesing zu einem offenen Stammtisch. Mehr Infos unter: www.lfgr60.de sowie unter https://w w w.face book .com/lfgr60.de.

NSU-Prozess

Zur Lieferkette der Mordwaffe, einem „geständigen“ Lügner …

Prozesstag 19.05.2015

Der halbe Tag war heute von Unterbrechungen geprägt, weil die Verteidigung Zschäpe erreichen wollte, dass der Sachverständige Psychiater Saß ihre Mandantin nur noch eingeschränkt beobachten darf. Im Ergebnis sitzt Saß nun 50 cm weiter von Zschäpe entfernt. Allerdings offenbarte sich, wie wenig sich die Verteidigung bisher für alltägliche Bedürfnisse ihrer Mandantin eingesetzt hat: auf die Angabe der Verteidigung, Zschäpe dürfe ihren Laptop mit der Ermittlungsakte während Unterbrechungen nicht in die Vorführzelle im Gericht mitnehmen, entgegnete der Vorsitzende lediglich, das sei selbstverständlich möglich, wenn es bisher verweigert worden sei, müsse das auf einem Missverständnis beruhen. Offensichtlich wurde diese tatsächliche Beschränkung Zschäpes bis zum heutigen 205. Verhandlungstag nie von der Verteidigung angesprochen.

Nach der Mittagspause konnte dann endlich der erste Zeuge, ein Polizeibeamter aus dem Berner Oberland, gehört werden. Er war auf Antrag der Verteidigung Wohlleben geladen und berichtete über ein Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen des Waffengeschäftes, von dem die Mordwaffe Ceska stammt. Laut Anklage ging die Ceska vom ersten Käufer an den Schweizer Hans-Ulrich Müller, über diesen nach Thüringen und über weitere Personen an die Angeklagten Wohlleben und Schultze. Dieser Weg ist durch viele Beweismittel belegt – das Gericht hat hierzu im Haftprüfungsverfahren festgestellt, dass weiter dringender Tatbestand gegen Wohlleben besteht, der Bundesgerichtshof hat dies gebilligt.

Der Antrag auf Ladung des heutigen Zeugen stellt einen verzweifelten Versuch der Verteidigung dar, diese Beweise zu erschüttern. Jedoch bestätigte der Zeuge nicht einmal das Beweisziel der Verteidigung – das Waffenbuch des Waffenhandels sei unzuverlässig geführt worden –, sondern sagte vielmehr aus, bei seinen zahlreichen Überprüfungen sei immer alles in Ordnung gewesen. Von „krummen Geschäften“ des Waffengeschäfts, die die Verteidigung aus anderen Akten entnommen haben wollte, hatte er jedenfalls nichts mitbekommen.

Als nächstes erschien wieder einmal Bernd Tödter, vorgeführt aus der Untersuchungshaft, wo er wieder einmal wegen des Verdachts von Gewaltdelikten einsitzt (zu seinen bisherigen Vernehmungen vgl. die Berichte vom 11.02.2015 und 23.04.2015). Er legte sich zu Beginn der Vernehmung fest: seine damalige Aussage bei der Polizei habe er sich ausgedacht, die Angeklagten und Böhnhardt und Mundlos habe er noch nie gesehen, er habe sich damals mit aus dem Internet angelesenen Wissen Hafterleichterungen erschleichen wollen: „Ich hab mir gedacht, ich spring mal auf den fahrenden Zug auf und guck, was dabei rauskommt.“

Der Vorsitzende konnte diesen Sinneswandel nicht ganz nachvollziehen, zumal Tödter durchaus Gelegenheit zum Kontakt mit „den Drei“ hatte, u.a. mehrfach bei seinem Bruder in Zwickau zu Besuch war und es auch Verbindungslinien innerhalb der Nazi-Szene gab. Auch aus der Nebenklage kamen Nachfragen – so war Tödter etwa vor seinen Angaben bei der Polizei in der Haft und hatte gar keine Möglichkeit, sich Informationen zum NSU aus dem Internet zu besorgen. Tödter blieb dabei, alles sei aus dem Internet oder selbst ausgedacht gewesen, manches habe ihm auch die Polizei in den Mund gelegt und er habe das „abgenickt“.

Welche der sich widersprechenden Angaben Tödters stimmen, ist schwer zu sagen. Klar ist: es ist unvorstellbar, dass der NSU seine Morde in ganz Deutschland ohne Unterstützung durch Nazis vor Ort durchgeführt hat. Dies gilt insbesondere für die Morde 2006 in Kassel und Dortmund. Die Nebenklage hat hierzu weitere Zeugen benannt – es ist zu hoffen, dass diese für mehr Aufklärung sorgen können als der je nach Laune dreist in die eine oder die andere Richtung lügende Tödter.

http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/05/19/19-05-2015/ ■

Ein kurzer Auftritt von Marcel Degner

Prozesstag 20.05.2015

Erster und einziger Zeuge heute war erneut Marcel Degner alias „Riese“, ehemaliger Chef von „Blood and Honour“ Thüringen und zeitweise einer der drei Deutschland-Chefs (zu seiner ersten Befragung s. den Bericht vom 11.03.2015). Er behauptete erneut, er sei nie V-Mann des Verfassungsschutzes gewesen – auch nachdem ihm vorgehaltene wurde, dass ein VS-Mitarbeiter ihn als V-Mann bezeichnet hatte (vgl. Bericht vom 22.04.2015) und auch entsprechende Deckblattmeldungen vorliegen.

Nach dieser dreisten Lüge stellten die VertreterInnen der Nebenklage keine weiteren Fragen, sondern beantragten, zunächst einen weiteren VS-Mitarbeiter als Zeugen zu hören, der Degner damals „geführt“ hat, um sodann Degner mit dessen Aussagen konfrontieren zu können. Dieser Antrag wird zum nächsten Verhandlungstag schriftlich gestellt werden, danach wird das Gericht entscheiden.

Degner scheint sich sicher zu sein, mit seiner Lüge durchzukommen, weil die Akten mit den ausführlichen Berichten des V-Mannes „Hagel“, so nach Auskunft des Thüringer VS-Mitarbeiters sein Deckname, geschreddert wurden. Dem Gericht liegen daher nur wenige Deckblattmeldungen vor. Die Auskunft des VS-Mitarbeiters zu Degner war zwar eindeutig dazu, dass dieser V-Mann war, ergab aber kaum inhaltliche Anknüpfungspunkte. Daher ist nun sein ehemaliger V-Mann-Führer zu hören, der nähere Details mitteilen kann.

Tatsächlich scheint außer der Nebenklage niemand ein besonderes Interesse zu haben, näheres zur Tätigkeit des V-Mannes zu erfahren. Der Vorsitzende Richter Götzl konfrontierte Degner nicht einmal selbst damit, dass zwischenzeitlich der VS-Mitarbeiter seine V-Mann-Tätigkeit bezeugt hatte. Erst nachdem Nebenklägervertreter dies getan hatten und angekündigt hatten, der Entlassung Degners zu widersprechen, übernahm Götzl noch einmal die Befragung und konfrontierte den Zeugen (erneut) mit dieser Aussage. Immerhin stellte das Gericht in einem Beschluss fest, dass Degner jede Tätigkeit für den Verfassungsschutz geleugnet hat – die Bundesanwaltschaft teilte daraufhin mit, sie werde bei der zuständigen Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Degner wegen Falschaussage anregen.

Der Prozess wird jetzt für zwei Wochen unterbrochen, nächster Termin ist der 9. Juni 2015.

http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/05/20/20-05-2015/

BIRLIKTE:
Zusammenstehen – Zusammenleben
14. Juni 2015: Kultur-Straßenfest in der Keupstraße in Köln

Im Juni 2004 zündeten Mitglieder des selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ mitten auf der Keupstraße in Köln-Mülheim eine Nagelbombe und verletzten 22 Menschen.

2014, zum 10-jährigen Jahrestag des Anschlags, machten 70 000 Besucher, unzählige mitwirkende Künstler und die Bewohner Mülheims unter dem Motto „Birlikte – Zusammenstehen“ aus dem Tatort des Terrorakts einen Ort des gemeinsamen Feierns, Diskutierens und auch Gedenkens.

Die Ereignisse der letzten Monate, das Erstarken von Pegida und ihren Ablegern, aber auch extremistischer Terror von allen Seiten, haben deutlich gemacht, dass es auch ein Jahr nach „Birlikte“ wieder ein gemeinsames Zeichen zu setzen gilt: Gegen Intoleranz und Fremdenhass, gegen religiösen und nationalistischen Terror jedweder Couleur und für eine offene und friedliche Stadtgesellschaft. Aus „Birlikte – Zusammenstehen“ wird deshalb im Juni 2015 „Birlikte – Zusammenleben“. Denn die Menschen in den Städten entscheiden gemeinsam, wie sie ihr Zusammenleben und ihre Zukunft gestalten wollen.

Auch „Birlikte 2015“ versammelt in einem großen Kunst- und Kulturfest von 11 Uhr morgens bis 11 Uhr abends rund um die Keupstraße und die Spielstätten des Schauspiels wieder über 500 lokale und überregionale Künstler auf rund 30 Bühnen: Musik, Theater, Tanz, Literatur auf Open Air-Bühnen, in den Räumen des Theaters und in den Hinterhöfen und Geschäften der Keupstraße. Aber auch Foren, Diskussionen und Vorträge, in denen öffentlich über das gemeinsame Zusammenleben nachgedacht und über aktuelle Fragen informiert wird.

(Aufruf zu Birlikte 2015)

Die Initiative „Keupstraße ist überall“ wird sich wie im letzten Jahr mit einem vielfältigen Programm aus kreativen Aktionen, Lesungen, Diskussionsbeiträgen, Berichten und einer Podiumsdiskussion beteiligen.

11.00h : „Sprechen wir über Rassismus“ Ort: Depot 2, Schanzenstraße 6-20

11 Jahre nach dem NSU-Nagelbombenanschlag findet auf der Keupstraße zum zweiten Mal das Birlikte-Straßenfest statt. Zum Auftakt lädt die Initiative „Keupstraße ist überall“ zu einer Podiumsdiskussion. Betroffene des Attentats, Angehörige von NSU-Opfern und Betroffene von rassistischer Gewalt diskutieren gemeinsam über Perspektiven antirassistischer Politik nach dem Münchner NSU-Prozess und die Bedeutung von solidarischen Netzwerken.

11 – 20.30h: Musikprogramm mit Nic Knatterton, Esrap, Blackseaentertainment, Chaoze One, Ilkay, Romano Traio, MC Liberal, Refpolk & Daisy Chain, Ort: Bühne Keupstraße / Holweider Straße

14 – 20.30h: Vorträge, Diskussionen, Gespräche, Theater. Ort: Café Sabahçı, Keupstr. 87

Details des Programms demnächst auf der Webseite http://keupstrasse-ist-ueberall.de

http://birlikte.info/ ■

BIRLIKTE 2014:
Große Bühne, kleine Bühnen und Straßenfest

Jean-Marie Le Pen spaltet sich mit eigener Formation vom Front National (FN) ab. Jedenfalls formal...

Abrücken vom sozialdemagogischen Strasser-Kurs des 21. Jahrhunderts?

Es scheinen Zeiten und Wunder zu geschehen. So fragte sich Jean-Marie Le Pen in einer Erklärung vor Parteifunktionären des von ihm gegründeten Front National (FN) vom 4. Mai 2015, die er dann am 8.5.2014 auf seiner Webseite öffentlich machte: „Sind wir zur ersten antifaschistischen und antirassistischen Partei Frankreichs geworden?“

Allerdings war die Formulierung auf herbe Weise ironisch gemeint. Auf spöttische Weise griff der in wenigen Wochen 87jährige Parteigründer dabei Begrifflichkeiten auf, mit denen der rechtsextreme FN in den letzten zwölf Monaten die selbstgesetzten politischen Ansprüche umschrieb. „Die erste Partei Frankreichs“ war nach dem Erfolg der französischen Neofaschisten anlässlich der Europaparlamentswahl von Ende Mai 2015 – der FN war mit 24,9 Prozent zur stimmenstärksten Partei geworden – auf zahlreich verklebten Plakaten zu lesen. Die Aufschrift stand unter dem Namen der Partei und einer stilisierten Marianne, einer Frauenfigur, die seit 1976 als Nationalsymbol der Republik gilt. „Die erste Arbeiterpartei Frankreichs“, wurde in anderen Propagandamaterialien des FN behauptet.

In Wirklichkeit stimmt allerdings weder das eine noch das andere. Auch wenn der FN in einem einzigen Fall, bei der letztjährigen Europawahl, ausnahmsweise tatsächlich die stimmenstärkste Partei wurde, so wiederholte sich dieses Szenario nicht. Bei den Bezirksparlamentswahlen im März 2015 wurde er durch die konservativ-wirtschaftsliberale UMP deutlich überflügelt. Und betrachtet man nicht nur einzelne Stimmergebnisse, sondern auch Mitgliederzahlen sowie institutionelle Positionen der verschiedenen politischen Parteien, so kann der FN mit derzeit rund 40 000 Mitgliedern nicht den ersten Platz beanspruchen.

Den vordersten Rang unter den „antifaschistischen und antirassistischen“ Kräften einzunehmen – das ist hingegen aus Sicht von Jean-Marie Le Pen eine Gräuelvorstellung, ein purer Albtraum. So war seine Äußerung auch intendiert. Er fügte ihr sogleich hinzu: „Überlassen wir dieses traurige Gerassel unseren Feinden und seien wir stolz darauf, die Partei der französischen Patrioten und der Parias mit der Trikolorefahne zu sein.“

Öl ins Feuer gegossen

Die Häme von Jean-Marie Le Pen zielte dabei auf jene innerparteilichen Kritiker, die ihm infolge von zwei Interviews im vergangenen Monat parteischädigendes Verhalten vorgeworfen hatten. Am 2. April hatte Jean-Marie Le Pen dem bürgerlichen Privatfernsehsender BFM TV ein Gespräch gewährt, und genau eine Woche später erschien sein Interview mit der altfaschistischen und antisemitischen Hardcore-Zeitung Rivarol. In beiden Fällen nahm der von 1972 bis 2011 als Parteivorsitzender amtierende Gründerpatriarch der Partei kein Blatt vor den Mund. Im ersten Interview bekannte er sich zu seinen seit September 1987 mehrfach getätigten Aussprüchen über die Gaskammern, die als Softcore-Version der „Auschwitzlüge“ gelten müssen. Im zweiten ließ er sich unter anderem über den Marschall Philippe Pétain – den Chef des mit NS-Deutschland zusammenarbeitenden Kollaborationsregimes im Zweiten Weltkrieg – mit den Worten aus, den Oberkollaborateur habe er „nie als Verräter betrachtet“. (Vgl. AN 10/2015)

Daraufhin platzte seiner Tochter Marine Le Pen, die im Januar 2011 den Parteivorsitz von ihm übernommen hatte, nunmehr endgültig der Kragen. Ihr und ihrer Umgebung liegt aus strategischen Gründen viel daran, nur nicht in den Geruch einer Komplizenschaft mit dem Nazismus und dem historischen Faschismus zu kommen. Denn die aktuelle Führungsriege ist davon überzeugt, die Schlacht um eine Rehabilitierung dieser historischen Regimes und ihrer Verbrechen sei bereits geschlagen und verloren – man möge sich deshalb lieber auf „Zukunftsfragen“ konzentrieren. Außerhalb der Problematik eines offenen Bekenntnisses zum historischen Faschismus oder zum Antisemitismus kann die Partei sich, aus Sicht ihrer aktuellen Führung, hingegen alles erlauben – sei es Ethnonationalismus, Rassismus oder dick aufgetragene soziale Demagogie. Hingegen ist Jean-Marie Le Pen wirklich ganz real der Auffassung, es sei ein strategischer Fehler, bei der Frage des Antisemitismus oder der zumindest teilweisen Verteidigung (jedenfalls Verharmlosung) des Faschismus von vor 1945 ff. nachzugeben. Tue man dies vollständig, so sein Standpunkt, so bleibe man auf ewig ein Spielzeug in den Händen der wirklich Mächtigen (vulgo der „antinationalen Lobbys“) und dazu verdammt, ein politisches Dasein als Büttel ihres Systems zu führen.

Jean-Marie Le Pen selbst hatte wohl nicht mit diesem vorläufigen Ausgang gerechnet: Am Abend des 4. Mai 2015 entschied der engere Parteivorstand – das Bureau exécutif – des FN, den Altvorsitzenden Jean-Marie Le Pen mit einer „Suspendierung“, also dem Aussetzen seiner Mitgliedsrechte zu sanktionieren. (Vgl. AN 10/15)

Neue Konkurrenzpartei? Oder doch nur ein Beiboot an der Seite des FN?

Darauf kündigte Jean-Marie Le Pen nun seinerseits an, er werde eine „eigene, neue Formation“ gründen, die aber seinen Worten zufolge nicht mit dem FN in Konkurrenz treten, sondern ihn gewissermaßen ergänzen soll. Dafür verfüge er bereits über „Hunderte, ja Tausende von Interessenten“, verkündete der Altpolitiker auf ziemlich vage Weise. Scharfe Angriffe richtete er dabei nicht so sehr gegen seine Tochter Marine – die er als lediglich schlecht beraten und unter negativem Einfluss stehend hinstellte –, sondern gegen deren Vizevorsitzenden Florian Philippot.

Der Altvorsitzende des FN setzt es sich insbesondere zum erklärten Ziel, den Einfluss des eher nationalkonservativ und zum Teil als Technokrat auftretenden, vordergründig sich zum Gaullismus bekennenden 33jährigen auf seine bisherige Partei zu begrenzen. Philippot steht allerdings auch für einen Kurs, der stark auf das Register der sozialen Demagogie setzt. Jean-Marie Le Pen attackiert ihn besonders heftig wegen seiner, mittlerweile öffentlich bekannten, Homosexualität (Philippots Lebensgefährte ist der TV-Journalist Damien Desarmes).

Auf diese spielte Jean-Marie Le Pen in brutaler Offenheit an. Er öffentlich sprach von „Philippot und seinen Hübschen“, die ihm zufolge „in der Meute jagend“ auftreten. Am 13. Mai 2015 bei BFM TVB warf er ihnen gar „Heterophobie“ vor, wodurch es nicht länger nur bei Anspielungen blieb.

Solche Auslassungen werden in Teilen der extremen Rechten verstanden und durchaus wohlwollend aufgenommen.

→

Polizeigewalt Hannover

Amnesty International begrüßt, dass der Verdacht rassistischer Polizeifolter durch einen Bundespolizisten in Hannover schnell und effektiv aufgeklärt werden soll. „Wenn die bekannt gewordenen Details stimmen, dann hat der Bundespolizist die beiden Flüchtlinge brutal gequält und aus rassistischen Motiven erniedrigt. Das erfüllt den Tatbestand der Folter. Die verantwortlichen Beamten müssten dafür angemessen bestraft und aus dem Polizeidienst entfernt werden.“ so Maria Scharlau, Polizei-Expertin bei Amnesty International.

Amnesty fordert, dass aus den Vorfällen darüber hinaus auch langfristige Konsequenzen gezogen werden: „Politik und Polizei müssen endlich Maßnahmen ergreifen, dass solche Exzesse nicht passieren, dass sie aber in jeden Fall nicht monatelang unentdeckt bleiben und verschwiegen werden.“

Amnesty sieht Handlungsbedarf auf mehreren Ebenen: „Vorbeugende Maßnahmen gegen Folter und Misshandlung durch Polizei und Justizpersonal werden in Deutschland systematisch vernachlässigt. Es fehlt an ausreichenden Menschenrechtsschulungen und Anti-Rassismus-Training bei der Polizei. Es fehlt an einer unabhängigen Stelle, die Fälle von Polizeigewalt untersucht. Und es fehlt am politischen Willen, existierende Kontrollmechanismen handlungsfähig zu machen.“

So ist es die Aufgabe der Nationalen Stelle zur Prävention von Folter mit Sitz in Wiesbaden, regelmäßig Gefängnisse und Polizeistationen zu besuchen und zu kontrollieren. Die Stelle kann ihrer Aufgabe mit zehn ehrenamtlichen Mitgliedern bei insgesamt mehreren Tausend zu kontrollierenden Einrichtungen jedoch nicht gerecht werden. „Es kann nicht sein, dass Deutschland ein internationales Negativbeispiel in Sachen Folterprävention abgibt: Die Nationale Stelle hat nur einen Bruchteil des Budgets der französischen oder österreichischen Präventions-Stelle. Amnesty International fordert seit Jahren eine unabhängige Kontrolle der Polizei und mehr Geld für die Nationale Stelle. Diese Forderungen werden immer auch abgetan mit dem Argument, es gäbe in Deutschland kein Problem mit Folter und Misshandlung. Die Vorfälle aus Hannover sollten hier auch dem letzten die Augen geöffnet haben!“

Quelle: Presseerklärung AMNESTY INTERNATIONAL 19.05.2015 ■

Die Wochenzeitung ‚L’Obs‘ (Nummer vom 30. April 2015) zitiert etwa den alten soldatischen „Haudegen“ der Kolonialkriege und früheren FN-Parteifunktionär Roger Holeindre mit den Worten: „Von einem schwulen Gaullisten angeführt zu werden – das ist ein bisschen zu viel verlangt!“ Holeindre hatte, wie ein beträchtlicher Teil der „alten Garde“, im Angesicht des innerparteilichen Aufstiegs von Marine Le Pen bereits vor ein paar Jahren seiner bisherigen Partei offiziell den Rücken gekehrt. Er ist heute ein Kader der Splitterpartei ‚Parti de la France‘ (PdF, „Partei Frankreichs“), welche Anfang 2009 vom früheren FN-Generalsekretär Carl Lang gegründet wurde, jedoch nur zu geringer Bedeutung fand. Doch die Worte des alternden Holeindre dürften auch einem gewissen Bodensatz innerhalb der derzeitigen Mitgliedschaft des FN irgendwo aus der Seele sprechen…

Polemik um sozial- und wirtschaftspolitische Ausrichtung der rechtsextremen Partei

Der seit 2011 unter Marine Le Pen und Florian Philippot verstärkte Rückgriff auf Sozialdemagogie, die mit teilweise keynesianisch klingenden Tönen unterlegt wird und vor allem auf der Vorstellung eines Nationalprotektionismus beruht, ist unterdessen Gegenstand heftiger Debatten in der Partei. In seinen umstrittenen Interviews stellte Jean-Marie Le Pen nämlich auch diese sozial- und wirtschaftspolitische Diskursorientierung in Frage. Auch andere Protagonisten in der Partei stellen sie auf den Prüfstand, etwa die Abgeordnete Marion Maréchal-Le Pen – eine Enkelin von Jean-Marie und Nichte von Marine Le Pen –, die seit Monaten dafür eintreten, auch Unternehmerinteressen müssten wieder stärker Beachtung bei der extremen Rechten finden. Vor allem mittelständische.

Inzwischen scheinen Teile des FN offen vom sozialdemagogischen Kurs abzurücken. Generalsekretär Nicolas Bay erklärte am 18.5.2015: „Wir haben niemals die Rente ab 60 verteidigt“, das stimme einfach nicht. In Wirklichkeit hatte Marine Le Pen eine solche Position tatsächlich kurzzeitig vertreten. Nachdem zwischen Mai und November 2010 Gewerkschaften und eine starke soziale Bewegung gegen die damalige „Rentenreform“ – es ging unter anderem um eine Anhebung des Pensionsalters auf mindestens 63 als Eintrittsalter mit vollen Beitragsjahren, sonst 65 – protestierten, wenngleich vergeblich, verordnete Marine Le Pen ihrer Partei eine Anpassung der offiziellen Programmatik.

Bis dahin trat der FN für eine Anhebung des Rentenalters auf mindestens 65 sowie eine teilweise Privatisierung der Rentenkassen ein. Ab dem Herbst 2010 erfolgte plötzlich ein rabiater Wechsel zugunsten einer Verteidigung der Rente ab 60, die damals populär zu sein schien, die dann auch im Wahlprogramm für 2012 stand. Ihr eigener Parteiapparat rückt nunmehr jedoch offen davon ab. Marine Le Pen selbst ruderte in diesen Tagen daraufhin zurück. Und erklärte, der französische Staat solle erst einmal alle unnötigen Ausgaben einsparen, insbesondere bei den „Kosten der Einwanderung“. Wenn dies einmal erfolgt sei, werde man „versuchen“, das Rentenalter herabzusetzen, um zu sehen, „ob es möglich“ sei.

An diesem Punkt löst sich eines der demagogischen Sozialversprechen der rechtsextremen Partei also soeben in Luft auf. Dies war zwar auch das Schicksal anderer „sozialer“ Punkte in ihrem Programm oder Diskurs. Vor dem Wahlsieg von Syriza in Griechenland vom 25. Januar 2015 etwa betonte der FN lautstark, er sei angeblich solidarisch mit den Griechen, wünsche einen Wahlsieg der dortigen Linken – weil diese eurokritisch seien -, und Frankreich wie Griechenland seien gleichermaßen Opfer des Molochs EU. Nachdem jedoch die Regierung von Alexis Tsipras gewählt worden war, fiel die erste Reaktion des FN auf deren Forderungen nach einer Diskussion über die griechischen Schulden sofort ganz anders aus. Eine Streichung oder Aussetzung der griechischen Schuldzahlungen komme überhaupt nicht in Frage, dies wäre „unverantwortlich“. So sind die meisten scheinbar sozialkritischen Punkte im FN-Diskurs letztlich nichts als heiße Luft.

Bernard Schmid, Paris ■

Klima der Straflosigkeit beenden

Laut Recherchen des Norddeutschen Rundfunks ist es in Hannover in mindestens zwei Fällen zu schweren Übergriffen gegen einen in Gewahrsam genommenen 19-jährigen Afghanen und einen 19-jährigen Marokkaner gekommen. Der erste Fall liegt demnach länger als ein Jahr zurück, der zweite gut sechs Monate. Die Bundespolizeidirektion wollte sich auf Nachfrage des NDR zu Einzelheiten nicht äußern.

Dazu erklärt Herbert Behrens, MdB und Landesvorsitzender der niedersächsischen LINKEN:

In der Gewahrsamszelle der Bundespolizei in Hannover werden zwei junge Männer gequält und gedemütigt. Das ist widerlich und empörend. Dass dieser ungeheuerliche Vorgang erst in der vergangenen Woche durch eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Hannover aufgedeckt wurde, deutet darauf hin auf erschreckenden Maß an Kumpanei in den Reihen der Bundespolizei. Wer rassistisch motivierte Gewalt im Dienst ausübt oder durch Verschweigen letztendlich duldet, hat im Polizeidienst nichts zu suchen. Im Ergebnis der Ermittlungen sind alle direkt und indirekt beteiligten Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Es darf bei Übergriffen dieser Art kein „Klima der Straflosigkeit“* geben. Whistleblower sind wirksam zu schützen.

Die Staatsanwaltschaft Hannover hat zudem zu untersuchen, welche Strukturen dieses Verheimlichen und Vertuschen begünstigt haben. Ohne deren Veränderung werden willkürliche Misshandlungen von in Gewahrsam genommenen Menschen weiterhin möglich bleiben.

Im Bundestag wird sich die Fraktion der LINKEN an den Innenminister wenden, und Aufklärung über die politische Verantwortung in den beiden hannoverschen Fällen einfordern.

* In einem Bericht von Amnesty International werden Verfahrenseinstellungen gegen Polizeibeamte kritisiert. Es herrsche ein „Klima der Straflosigkeit“ heißt es dort.

Quelle: Die Linke Niedersachsen 18.05.2015 ■

Demo gegen Polizeigewalt

HANNOVER Nach Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ protestierten am 18. Mai 300 Leute unter dem Motto „Solidarität mit den Opfern rassistischer Polizeigewalt“ gegen die Misshandlungen von Flüchtlingen durch einen Beamten der Bundespolizei in Hannover. Weiter berichtet die Zeitung: „Dort kam es bereits mehrfach zu Provokationen gegenüber den Polizisten, die die Demo begleiteten. Die Teilnehmer der Kundgebung blockierten nach Informationen der Polizei die Straße, liefen auf die Stadtbahngleise oder vermummten sich.

Zwei Polizisten wurden bei der Demonstration leicht verletzt. 40 der rund 300 Demonstranten der linken Szene hätten die Polizisten bei der Kundgebung am Montagabend beleidigt, bespuckt und getreten, teilte die Polizei am Dienstagmorgen mit. Die Situation sei eskaliert, als Bundespolizisten den 22 Landespolizisten bei der spontanen Demonstration am Hauptbahnhof zur Verstärkung eilten und vor der Polizeiwache am Hauptbahnhof eine Kette bildeten. ‚Das war ein Reizthema‘, sagte der Polizeisprecher.“

Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung 18.05.2015 ■

Konsequenz rassistischer Politik

„Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, dass diese Vorfälle rückhaltlos aufgeklärt und die beteiligten Beamten hart diszipliniert werden. Die Misshandlung von Flüchtlingen durch Bundespolizisten in Hannover ist auch eine Konsequenz aus der jahrzehntelang betriebenen Abschreckungspolitik der Bundesregierung gegenüber Schutzsuchenden“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zu den Vorfällen in Hannover. Die Abgeordnete weiter:

„Wer mit rassistischen Sondergesetzen die Freiheit von Flüchtlingen einschränkt und sie zu Menschen dritter Klasse erniedrigt, darf sich nicht wundern, wenn Rassisten in Uniform dies als Freibrief für sadistische Quälereien verstehen. Es ist zu befürchten, dass die jetzt bekannt gewordenen Misshandlungen nur die Spitze des Eisbergs sind. In anderen Fällen schweigen die Opfer aus Angst, während Mitwisser in der Polizei die Täter aus falsch verstandenem Korps-Geist decken. Ich erinnere an den vor zehn Jahren in einer Polizeizelle in Dessau verbrannten Oury Jalloh. Obwohl der gefesselte Afrikaner sich nicht selbst angezündet haben kann, verhindert ein Schweigekartell bei der Polizei bis heute die vollständige Aufklärung des Todesfalls.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 19.05.2015 ■

Rechtsextremisten hetzen gegen Familie in Dortmunder Kirchenasyl

Die Partei „Die Rechte“ rief im Internet dazu auf, nach den „illegalen Asylanten“ zu suchen. Die Polizei sieht darin eine gezielte Provokation. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft liegt jedoch keine Strafbarkeit vor.

Mit einer Art Steckbrief betreiben Rechtsextremisten in Dortmund eine Hetzjagd auf Flüchtlinge, die in einem evangelischen Kirchenasyl Unterschlupf gefunden haben. Die Partei „Die Rechte“ rief im Internet und auf Facebook dazu auf, nach den „illegalen Asylanten“ zu suchen. Die Polizei sieht darin eine gezielte Provokation und einen neuen „unsäglichen Versuch, ein Klima der Angst und der Einschüchterung zu schüren“, wie Polizeisprecherin Cornelia Weigandt am Freitag dem Evangelischen Pressedienst sagte. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft liege jedoch keine Strafbarkeit vor, so dass derzeit nicht gegen die Neonazis vorgegangen werden könne.

Quelle: http://www.migazin.de 19.05.2015 ■

Nazis gegen Flüchtlinge: Aufwind durch Pegida + Co.

„Pegida“ und Naziszene puschen sich gegenseitig hoch: Im ersten Quartal dieses Jahres war die Zahl der Teilnehmer an rechtsextremen und rassistischen Aufmärschen so hoch wie noch nie in den letzten Jahren. Auch Proteste und Angriffe gegen bzw. auf Flüchtlingsunterkünfte nehmen zu. Neonazis und Rassisten sind in Deutschland weiterhin hochgradig mobilisierungsfähig – und längst nicht auf Sachsen beschränkt

Die Zahlen gehen zurück auf Kleine Anfragen, die ich gestellt habe.

Demzufolge waren im ersten Quartal dieses Jahres 5130 Teilnehmer an insgesamt 49 Neonazi-Aufmärschen beteiligt. diese Zahl liegt leicht über den Werten des Vorjahres. Hinzu kamen 13.100 Teilnehmer an 43 gezählten Aufmärschen des Typs „Pegida“, bei denen nach offizieller Auffassung des Verfassungsschutzes „eine rechtsextremistische Einflussnahme bzw. Steuerung erkennbar war.“ Das heißt zum Beispiel, dass die kaum weniger rassistische Dresdner Pegida-Bewegung in dieser Zählung gar nicht auftaucht.

Gleichsam linear zu dieser Entwicklung steigt auch die Zahl von Protesten vor bzw. Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte. Zwischen Januar und März dieses Jahres wurden 54 rechtsextreme Angriffe/Übergriffe gezählt – zum Vergleich: Im gleichen Quartal des Vorjahres waren es „nur“ 34. Die Tendenz ist, wenn man die Presseberichterstattung nimmt, leider steigend.

Diese Zahlen sind nicht 100prozentig verlässlich, weil die Polizei bzw. die Bundesregierung bislang keinen Anlass sah, sie überhaupt gesondert zu erfassen. Das beharrliche Nachfassen der Linksfraktion ist jetzt allerdings erfolgreich: Die Bundesregierung hat nun angekündigt, im Kriminalpolizeilichen Meldedienst – Politisch Motivierte Kriminalität – der ist die Grundlage für die Statistik – politisch motivierte Straftaten „gegen Asylunterkünfte“ getrennt zu erfassen.

Voraussetzung und damit zugleich Schwachpunkt ist dabei natürlich, dass die jeweiligen Länderpolizeien den politischen Charakter einer Straftat überhaupt erkennen bzw. erkennen und eingestehen wollen. Genau daran hat es ja leider in der Vergangenheit nur allzu häufig gefehlt – das hat der NSU-Skandal nur allzu deutlich gezeigt.

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 18.05.2015 ■

Mahnwache vor der JVA Büren

Wiedereröffnung stoppen

Büren/Düsseldorf – Ab dem 18.5.2015 soll die JVA Büren wieder ihre Pforten als Abschiebegefängnis öffnen, obwohl grundlegende Baustandards aus Kostengründen nicht eingehalten werden. Gegen die Widereröffnung richtet sich eine Mahnwache am 18. Mai 2015 um 18:00 Uhr vor dem Tor der JVA.

Um die Anzahl der inhaftierten Flüchtlinge deutlich steigern zu können, hat die Landesregierung in NRW beschlossen, dass seit Juli 2014 geschlossene Abschiebegefängnis in Büren wieder zu öffnen. Die JVA Büren ist baulich wie ein Hochsicherheitsgefängnis angelegt. Obwohl der Europäische Gerichtshof und der Bundesgerichtshof entschieden haben, dass Abschiebegefangene nicht wie Strafgefangene behandelt werden dürfen und dem Land ein Gutachten vorliegt, dass deswegen auch Änderungen in der Bausubstanz durchgeführt werden müssen, scheitert es angeblich an den Kosten.

Auch die Haftbedingungen bleiben weit hinter den Mindeststandardart zurück. Mit einigen Scheinkorrekturen sollen humanitäre Verbesserungen vorgetäuscht werden. So werden, z.B. Handys unter bestimmten Normen erlaubt, die nur sehr alte Geräte erfüllen, so dass praktisch kein Gefangener sie benutzen kann.

Frank Gockel, Sprecher der AG Abschiebungshaft im AK Asyl e.V. zeigt sich enttäuscht: „Die Landesregierung soll sich endlich der Initiative anderer Bundesländer, wie z.B. Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz anschließen und auf Abschiebehaft vollkommen verzichten." Stattessen, so Gockels Aussage, will man die Zahlen der Inhaftierten wieder deutlich steigern: „Wir gehen davon aus, dass in den nächsten Wochen die Haftzahlen um 400 bis 500 Prozent steigen werden."

Ein antirassistisches Bündnis aus OWL ruft am 18.5.2015, um 18:00 Uhr vor den Toren der JVA zu einer Mahnwache gegen die Abschiebehaft auf. Um den Gefangenen das Leben zumindest ein wenig zu erleichtern, soll am Ende der Mahnwache das Land NRW unterstützt werden, die Mauer und die Gitter in der JVA zurückzubauen. Daher werden die Teilnehmer gebeten, schweres Abrisswerkzeug mitzubringen. „Da das Land ja nur aus Kostengründen nicht an dieser Erleichterung für die Menschen interessiert ist, gehen wir davon aus, dass niemand etwas dagegen hat", so Gockel.

Quelle: PM AG-Abschiebungshaft@ak-asyl.info

Bremer Modell

Einführung von Gesundheitskarten

Der Bund prüft gemeinsam mit den Ländern Regelungen, wie die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge erleichtert werden kann. Vorbild ist nach Angaben der Bundesregierung das Bremer Modell.

Die Bundesregierung will Flüchtlingen den Zugang zu einer Gesundheitskarte erleichtern. Das geht aus einer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor, die am Montag in Berlin veröffentlicht wurde. Darin weist die Regierung zugleich den Vorwurf zurück, die bestehenden Regelungen zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen im Asylbewerberleistungsgesetz seien unzureichend.

Derzeit prüft der Bund nach eigenen Angaben gemeinsam mit den Ländern Regelungen, wie die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge erleichtert werden kann. Bislang sind Bremen und Hamburg die einzigen Länder, die Flüchtlingen eine Gesundheitskarte zur Verfügung stellen. Die Leistungen dieser Karte sind allerdings im Vergleich zu den Ansprüchen regulär gesetzlich Versicherter eingeschränkt. In den übrigen Bundesländern müssen Betroffene im Krankheitsfall vor dem Arztbesuch die Genehmigung der zuständigen Behörde einholen.

In dem Schreiben heißt es, die Regierung sei „bestrebt, interessierten Flächenstaaten die Einführung einer Gesundheitskarte entsprechend dem 'Bremer Modell' zu erleichtern." Hierzu seien die Länder um Stellungnahme gebeten worden, die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Weitergehende gesetzliche Ansprüche von Asylbewerbern in der Gesundheitsversorgung will die Regierung nicht verankern. Die Absicherung existenznotwendiger Gesundheitsbedarfe sei durch das Asylbewerberleistungsgesetz grundsätzlich hinreichend gewährleistet.

Quelle: http://www.migazin.de 19.05.2015 ■

Sichere Fluchtwege statt Schiffeversenken

„Die Bundesregierung sollte sich den EU-Plänen zu einem Militäreinsatz gegen Schleuserbanden im Mittelmeer mit aller Entschiedenheit widersetzen. Solche Maßnahmen werden die Schutzsuchenden zu noch gefährlicheren Reiserouten zwingen und die Preise für die Schleusertätigkeit weiter in die Höhe treiben", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. „Wer gegen das Geschäftsmodell skrupelloser Menschenschmuggler vorgehen will, muss diesem die Geschäftsgrundlage entziehen. Statt Kanonenbooten sollte die EU Fähren nach Nordafrika schicken, um Asylsuchenden eine sichere und legale Passage zur Prüfung ihres Begehrens zu bieten."

Alexander Neu, für die Fraktion DIE LINKE Obmann im Verteidigungsausschuss, ergänzt: „Bereits am Wochenende versenkte die Bundewehr mehrere Flüchtlingsboote im Mittelmeer. Dieses Vorgehen ist ungeheuerlich, da es weder von einem gültigen Mandat gedeckt, noch in irgendeiner Art und Weise zielführend ist. Ich fordere die Bundesregierung dazu auf mitzuteilen, auf welcher rechtlichen Grundlage die Versenkung der Boote stattfand. Des Weiteren appelliere ich dringend an die Bundesregierung, solche militärischen Abenteuer, bei denen die Folgen überhaupt nicht absehbar sind, künftig zu unterlassen.

Ein Militäreinsatz ist grundsätzlich nie eine Lösung und in diesem Fall erst recht nicht, weil die Ursachen des Flüchtlingsproblems dabei völlig außen vor gelassen werden. Wir brauchen eine tragfähige Lösung, die es asylsuchenden Menschen ermöglicht, auf sicherem Weg zu einem fairen Verfahren zu kommen, und eine Gesellschaft, die Mitgefühl und Anteilnahme statt Skepsis und Hass entgegenbringt. Mit der Versenkung von Schleuser-Booten im Mittelmeer wird sich das Problem nur noch mehr verschärfen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 18.05.2015 ■

Mazedonien von der Liste der sicheren Herkunftsstaaten streichen

Die aktuellen bewaffneten Auseinandersetzungen in Mazedonien mit mehr als 20 Toten haben das Land in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, während es die seit fast einem Jahr anhaltende politische Dauerkrise, Demonstrationen für den Rücktritt der Regierung Gruevski, die einen Abhörskandal auszusitzen versucht, zuvor kaum in die Schlagzeilen geschafft hatten. Ungeachtet der Frage, wer für die bewaffneten Auseinandersetzungen in der Region Kumanovo verantwortlich ist, steht eines fest: „Die Bundesregierung hat bei der Bestimmung Mazedoniens zum ‚sicheren Herkunftsstaat' im Sinne des deutschen Asylrechts die Realität verbogen, die Fakten ignoriert und verfassungsrechtliche Grundsätze außer Acht gelassen. Mazedonien hätte nie auf die Liste der sicheren Herkunftsstaaten gelangen dürfen und muss jetzt gestrichen werden", so Bernd Mesovic von PRO ASYL.

In einem Gutachten für PRO ASYL wies der Asylrechtsexperte Dr. Reinhard

Marx bereits 2014 darauf hin, dass den Gesetzgeber eine besondere Sorgfaltspflicht treffe, wenn er ehemals diktatorisch oder totalitär regierte Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmen wolle. An der Behandlung von Minderheiten in diesen Staaten, so auch in Mazedonien, zeige sich, wie fragil gesellschaftliche und staatliche Strukturen auf der einen Seite seien und wie langlebig überkommene und von Seiten führender Vertreter von Gesellschaft und Staat instrumentalisierte Haltungen von Intoleranz und Hass fortwirken.

Die Situation in Mazedonien Evakuierungen, Menschen auf der Flucht entlarvt die Schönschreiberei der Verhältnisse in Mazedonien durch die Bundesregierung. Verfassungs- und unionsrechtlich hätte sie bei der Einstufung Mazedoniens als sicherer Herkunftsstaat prüfen müssen, ob dort wirklich eine gewisse Stabilität und hinreichende Kontinuität der Verhältnisse gewährleistet ist, damit von Sicherheit gesprochen werden kann. Berichte über gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung und ethnischen Albanern hatte es aber bereits in den Jahren 2012 und 2013 gegeben, ohne wirksame Konsequenzen von Seiten der Regierung. Lediglich 14 von einer Vielzahl von Hassverbrechen wurden in diesem Zusammenhang gerichtlich verfolgt. Die meisten StraftäterInnen erhielten kurze Freiheitsstrafen und wurden auf Bewährung entlassen.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 11. Mai 2015 ■

Islamfeindlichkeit für Regierung uninteressant

Kaum Erkenntnisse über Angriffe auf Moscheen

13 Angriffe auf Moscheen hat die Bundesregierung in diesem Jahr gezählt. Wenn das stimmte, wäre es reiner Zufall. Denn ihre Antwort auf eine Anfrage der LINKEN zeigt vor allem eines: Desinteresse.

In Deutschland gibt es islamfeindliche Übergriffe auf Moscheen. Das ist so ziemlich die einzige Erkenntnis, die aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht. 13 „politisch motivierte Straftaten mit dem Angriffsziel Religionsstätte/Moschee“ gibt sie für das erste Quartal dieses Jahres an. Doch eigentlich – so der Grundtenor der Antwort des Bundesinnenministeriums – habe man keine Ahnung.

Die Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion Ulla Jelpke hatte die Bundesregierung im April nach „Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Straftaten“ gefragt. Auf fünf knappen Seiten hat die Bundesregierung nun geantwortet. Zumindest der Form halber: Die genaue Anzahl an islamfeindlichen Übergriffen? „Lassen sich aus der Polizeilichen Kriminalstatistik … schon systembedingt nicht herausfiltern.“ Islamfeindliche Übergriffe? „Kein eigenständiges Delikt“. Der materielle Schaden der Angriffe auf Moscheen? „Keine Erkenntnisse“. Gezielte polizeiliche bundesweite Aktionen gegen Islamfeindlichkeit? „Der Bundesregierung liegen keine Informationen im Sinne der Fragestellung vor.“

Die Frage nach der Anzahl an Körperverletzungen im ersten Quartal 2015 beantwortet die Bundesregierung gar mit dem Verweis auf ein Schreiben, das sich auf das Jahr 2014 bezieht. Und die Bitte um eine Auflistung islamfeindlicher Proteste bügelt sie mit einer Statistik „rechtsextremistischer Aufmärsche“ ab, als ob in Deutschland nur Neonazis gegen Moscheen demonstrieren würden. So wenig die Antwort über Islamfeindlichkeit in Deutschland verrät, umso mehr sagt sie doch über die Ignoranz der Bundesregierung aus: Muslimische Verbände, Anti-Rassismus-Initiativen und die Linkspartei fordern seit langem, islamfeindlich motivierte Straftaten zumindest polizeilich separat zu erfassen. Bei antisemitischen Straftaten ist das längst üblich. Doch nicht mal die Frage, ob und wann dies passieren könnte, will die Bundesregierung beantworten.

Stattdessen bleibt nur der Verweis auf eine frühere Antwort, wonach dies Sache der Innenministerkonferenz sei. Ob die Bundesregierung eine Initiative unterstützen würde, bleibt offen. Na dann, bis zur nächsten brennenden Moschee. (Von Fabian Köhler Neues Deutschland 16.05.2015)

Quelle: thomas.hohlfeld@linksfraktion.de 18.05.2015 ■

Mahnwache vor Lager Bramsche-Hesepe

Massenabschiebung Kosovo

Hunderte von Menschen hatten sich in der Nacht vom 12. auf den 13. Mai vor der Niedersächsischen Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Bramsche-Hesepe versammelt. Die Einen – eine Gruppe von ca. 30 Kosovaren, um abgeschoben zu werden. Die Anderen – ebenfalls im Lager untergebrachte Geflüchtete sowie Aktivist_innen und Unterstützer_innen aus Osnabrück und Umgebung, um Bekannte und Freund_innen zu verabschieden, die Abzuschiebenden nicht allein zu lassen und durch eine friedliche Mahnwache ein Zeichen zu setzen.

Osnabrücker_innen verhindern für gewöhnlich Abschiebungen und so fühlten sich viele der Anwesenden hilflos und unwohl, als sie nur zusehen konnten, wie die Abzuschiebenden ihr Gepäck in den bereitstehenden Bus luden, diesen bestiegen und schließlich fortgefahren wurden. Die gemeinsame nächtliche Zeit wurde dennoch genutzt – für den Vortrag einer Stellungnahme No Lagers u.a. zu den deutschen Scheinasylverfahren für kosovarische Menschen und die mit der Unantastbarkeit der menschlichen Würde kaum vereinbare Lagerunterbringung (siehe Anhang). Auch ergriffen Lagerbewohner die Möglichkeit, ihre Kritik an der Situation im Lager und Worte zu ihrer aussichtlosen Situation öffentlich kund zu tun.

Die Anwesenden beschäftigte außerdem Folgendes: Nachdem No Lager Osnabrück zu einer Mahnwache anlässlich der Massenabschiebung in den Kosovo aufgerufen hatte, bezog das Niedersächsische Innenministerium Stellung: Die Kosovaren würden nicht abgeschoben, sondern „das Angebot der freiwilligen Ausreise“ nutzen (www.noz.de/lokales/bramsche/artikel/574655/no-lager-plant-nachtmahnwache-in-hesepe). Setzt Freiwilligkeit nicht die Gelegenheit voraus, sich zwischen verschiedenen Optionen entscheiden und ein Angebot ablehnen zu können? Für die in Lagern unter katastrophalen Bedingungen lebenden Kosovaren, die, nachdem ihre Asylanträge abgelehnt wurden, wissen, dass die deutsche Politik und Verwaltung sie nicht wollen und ein Leben in Deutschland nicht möglich ist (siehe dazu auch den sehr informativen Artikel „Sonderverfahren für Balkanier“ aus der taz: www.taz.de/Asyl-in-Deutschland/!159810), bedeutet ein Widersprechen der „freiwilligen Ausreise“ Kürzung oder Streichung der Sozialleistungen sowie eine Wiedereinreisesperre in die EU von bis zu 15 Jahren. So entscheiden sich dann viele, den Bus zurück in das Herkunftsland „freiwillig“ zu besteigen. Für uns bleiben es Abschiebungen.

No Lager Osnabrück bedankt sich bei allen Unterstützer_innen der Mahnwache sehr. Es ist gut zu sehen, dass vielen Menschen nicht egal ist, wie mit ihren Mitmenschen umgegangen wird. Durch unsere friedliche Mahnwache haben wir einmal mehr am deutschen Asylsystem kratzen können, dessen Verbesserung wir an zahlreichen Stellen zu fordern nicht müde werde. …

NO LAGER OSNABRÜCK
Quelle: nolagerosnabrueck@riseup.net 18.05.2015 ■

„Bessere Asylverfahren statt schnellerer Abschiebungen!“

Rechtsanwälte kritisieren Asylpläne der Bundesregierung

Die Rechtsberaterkonferenz der Wohlfahrtsverbände* hat die Pläne von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten

schneller abzuschieben, scharf kritisiert.

„Der Minister fällt seiner eigenen Illusion zum Opfer“, sagte Rechtsanwalt Michael Koch aus Würzburg, einer der Sprecher der Konferenz, in der rund 60 im Asylrecht tätige Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zusammengeschlossen sind. „Man hat Länder wie Serbien und Bosnien für angeblich sicher erklärt, nun glaubt man, dass die Menschen, die von dort kommen, keinen Schutz verdienen. Dabei gehören viele davon der Minderheit der Roma an, die extrem diskriminiert wird, etwa beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen.“

Es sei das falsche Signal, so Koch, wenn diese Menschen nicht mehr auf die Kommunen verteilt würden. „So wird diese Minderheit weiter isoliert und stigmatisiert.“ Es sei dringend erforderlich, in die Asylverfahren zu investieren. „Dies aber nicht, um schneller abzuschieben, sondern um die Qualität der Verfahren zu verbessern und denen, die Schutz brauchen, schneller Sicherheit zu geben.“ Viele Asylbewerber warten monatelang, manche mehrere Jahre auf ihren Bescheid. „Gerade bei den Roma brauchen wir statt Schnellabschiebungen gründliche Verfahren und differenziertere Prüfungen, um die Folgen lebenslanger Diskriminierung zu erkennen.“

Die Anwältinnen und Anwälte kritisierten, dass Bund und Länder sich nicht auf konkrete Verbesserungen bei der Unterbringung und medizinischen Versorgung von Flüchtlingen einigen konnten. „Asylanträge werden über Monate nicht registriert, die Erstaufnahmen sind hoffnungslos überfüllt, das Leben in provisorischen Unterkünften in Turnhallen oder Containern ist extrem belastend. Unter diesen Umständen können Schutzsuchende sich nicht angemessen auf ihr Asylverfahren vorbereiten“, so Rechtsanwalt Heiko Habbe aus Berlin.

Der Vorstoß der Bundesregierung für eine zwingende europaweite Quote zur Flüchtlingsaufnahme ist nach Auffassung der Konferenz den Flüchtlingen nicht zuzumuten, solange keine einheitlichen Asylstandards in allen EU-Staaten umgesetzt sind. Zugleich forderten die Teilnehmenden der Konferenz, Asylsuchenden sichere und legale Einreisewege nach Europa zu öffnen. „Europa darf dem Sterben im Mittelmeer nicht tatenlos zusehen“, sagte Prof. Dr. Holger Hoffmann von der Fachhochschule Bielefeld. „Rettung und Aufnahme von Flüchtlingen muss die gemeinsame Aufgabe aller europäischen Staaten sein.“ In diesem Zusammenhang seien die jüngsten Beschlüsse der EU enttäuschend, weil sie überwiegend auf eine weitere Abschottung gegen Flüchtlinge zielten.

* Die Rechtsberaterkonferenz der Wohlfahrtsverbände ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden Deutscher Caritasverband, Diakonie Deutschland und Deutsches Rotes Kreuz sowie dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) es sich seit über drei Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht haben, Rechtsberatung für Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge durchzuführen. Ihre Mitglieder treffen sich regelmäßig zum Informations-und Meinungsaustausch, geben Fachpublikationen heraus und melden sich öffentlich zu Wort, wenn es um Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge geht.

Quelle: Die Rechtsberaterkonferenz 15.05.2015 ■

EU treibt Militäreinsatz gegen Schleuser voran

Europa bereitet sich auf Militäraktionen im Mittelmeer gegen Schleuser vor. Die Bundesregierung äußert sich zurückhaltend. Deutlich Kritik an den Plänen kommt von der Opposition und Menschenrechtsorganisationen. Die EU habe nichts begriffen.

In Brüssel kommen am Montag die Außen- und die Verteidigungsminister der 28 EU-Staaten zusammen, um über die geplante EU-Militäroperation gegen Schleuser zu beraten. An diesen Gesprächen nehmen auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) teil. Vorrangiges Ziel des Einsatzes soll es sein, systematisch Schleuserboote aufzuspüren und zu zerstören. Derzeit bemüht sich die EU um ein robustes Mandat des UN-Sicherheitsrates, um ein breites Spektrum an Maßnahmen ergreifen zu können.

Das Beschlagnahmen einfacher Schleuserboote auf hoher See ist laut Brüsseler Diplomaten rechtlich relativ unkompliziert. Juristisch und politisch schwieriger wird es, wenn die Boote unter der Flagge eines bestimmten Staates fahren oder sich in nationalen Hoheitsgewässern oder Häfen befinden. Konkret geht es vor allem um die Frage, wie der Krisenstaat Libyen eingebunden wird – von dort aus brechen im Moment besonders viele Flüchtlingsschiffe auf.

Bundesaußenminister Steinmeier hatte am Donnerstag deutlich gemacht, dass er mit einem UN-Mandat für einen Militäreinsatz gegen Schleuserbanden im Mittelmeer rechne. Er habe nicht den Eindruck, dass es zu einem Veto kommen werde, sagte Steinmeier am Rand eines Nato-Außenministertreffens im türkischen Belek. Auch die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini hatte jüngst Hoffnung geäußert, dass es bereits in den nächsten Tagen eine Resolution in ihrem Sinne geben könnte.

Indessen stoßen die EU-Pläne zum Kampf gegen Schleuserbanden in Deutschland auf erhebliche Skepsis. „Das Wichtigste ist zunächst einmal die Seenotrettung“, sagte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Strässer (SPD). Mit der Zerstörung der Schiffe seien die Menschen nicht davon abzuhalten, Wege nach Europa zu suchen. Die Grünen-Fraktionschefin im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, bezeichnete die Pläne als „Scheinaktivitäten“. Vielmehr sei es nötig, Flüchtlingen einen sicheren Weg nach Europa zu eröffnen.

Der „Cap Anamur“-Gründer Rupert Neudeck lehnte Militäroperationen gegen Schleuserbanden auf dem Mittelmeer kategorisch ab. Die EU habe offenbar noch nicht begriffen, dass hinter den Flüchtlingsströmen ein viel größeres Problem

stehe, sagte Neudeck am Freitag im RBB-Inforadio. Es seien 18 Millionen junge afrikanische Menschen auf dem Weg durch Afrika in Richtung Europa, weil sie eine Perspektive suchten. Diesen könnte man beispielsweise über Berufausbildungsprogramme helfen.

Göring-Eckardt sagte, mit dem Zerstören von Booten sei Schleusern nicht beizukommen. Ein solches Vorgehen sorge nur dafür, „dass die Menschen in noch älteren, unsicheren Booten aufbrechen". Der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach sagte, es sei unstrittig, dass jede Aktion gegen das Schlepperwesen nur auf einer sicheren Rechtsgrundlage erfolgen kann. „Und genau daran müssen wir arbeiten", fügte Bosbach hinzu: „Mit Resolutionen und Appellen lassen sich diese kriminellen Banden jedenfalls nicht bekämpfen."

Die Bundeswehr rettete unterdessen erneut rund 300 Menschen im Mittelmeer. Nach ihren Angaben nahm die Fregatte „Hessen" am Donnerstagabend 85 Schiffbrüchige an Bord. Im Laufe des Tages hatte sie bereits 209 Menschen vor Schiffbruch bewahrt. Die insgesamt drei Boote waren zwischen 83 und 115 Kilometer von der libyschen Küste entfernt. Die insgesamt 294 Geretteten sollten voraussichtlich am Freitagvormittag den italienischen Behörden übergeben werden. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 18.05.2015

Eröffnung des § 129b-Prozesses vor dem OLG Hamburg

Am 20. Mai wird vor dem 3. Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts das Hauptverfahren gegen den kurdische Aktivisten Mehmet D. eröffnet, der der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b Abs.1 i.V.m. § 129a Abs. 1 StGB) beschuldigt wird. Er soll sich laut Anklage von Januar 2013 bis Mitte Juli 2014 als hauptamtlicher Kader der PKK und u. a. als Gebietsleiter Mitte und später Nord betätigt haben. In dieser Funktion sei Mehmet D. verantwortlich gewesen für die Beschaffung von Spenden und Beiträgen für die PKK und dafür, dass sich genügend Anhänger an Veranstaltungen und Schulungen beteiligen. Mehmet D. wurde am 29. August 2014 in Bremen festgenommen und befindet sich seitdem in U-Haft in der Holstenglacis.

Gericht plant „kurzen Prozess"

Das OLG Hamburg hat nun versucht, das so genannte Selbstleseverfahren als eine Form der Beweiserhebung anzuordnen und allen Verfahrensbeteiligten bereits Wochen v o r Eröffnung des Prozesses umfangreiches Dokumentenmaterial zugeleitet. Normalerweise wird ein solches Selbstleseverfahren von als Beweismittel dienenden Unterlagen erst in die Hauptverhandlung eingeführt. Möglich, dass die Hamburger Richter durch die vom Bundesgerichtshof im vergangenen Jahr verworfenen Revisionen in mehreren § 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivisten beflügelt worden sind, mit dem Verfahren gegen Mehmet D. im wahrsten Sinne des Wortes „kurzen Prozess" zu machen, scheinen doch die höchstrichterlich getroffenen Festlegungen unumstößlich. Die Verteidigung wird das nicht hinnehmen.

Gericht muss sich mit Völkerrechtsfragen befassen...

Das OLG wird sich auch in diesem Fall mit den völkerrechtlichen Aspekten des kurdischen Widerstands befassen müssen und auch mit der Tatsache, dass Vertreter der türkischen Regierung seit Ende 2012 Gespräche mit Abdullah Öcalan zur Lösung der kurdischen Frage führen, er im März 2013 eine historische Phase – verbunden mit einem einseitigen Waffenstillstand – ankündigte und im Februar dieses Jahres eine Verständigung zwischen Regierung und Politiker*innen der HDP (Demokratische Partei der Völker) in Form eines 10-Punkte-Programms zur Fortführung des Lösungsprozesses der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Nicht zuletzt werden die Äußerungen von Cemil Bayik, Co-Vorsitzender des Exekutivrates der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KCK) in einem Interview mit dem NDR/WDR von Anfang April von Bedeutung sein, in dem er sich u.a. im Namen der PKK „beim deutschen Volk" für die gewaltsamen Auseinandersetzungen bei kurdischen Demonstrationen in den 1990er Jahren entschuldigte und gleichzeitig darauf hinwies, dass sich die heutige PKK mit der damaligen ganz grundsätzlich unterscheide.

In den Zeitraum der gegen Mehmet D. erhobenen Beschuldigungen fallen zudem die Ereignisse im Mittleren Osten, wo die PKK-Guerilla mit den kurdischen Peschmerga im Nordirak und in der nordsyrischen Region Kobanê (Rojava) einen erbitterten Widerstandskampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat" führten und weiterhin führen – nicht zuletzt mit Waffen aus Deutschland.

Diese Entwicklungen lösten in der Bundesrepublik vielfältige Diskussionen aus um eine Neubewertung der PKK bis hin zu Forderungen, das PKK-Betätigungsverbot aufzuheben.

Im Oktober 2010 entschied der Bundesgerichtshof (BGH), den §129b StGB auch gegen die PKK anzuwenden, woraufhin das Bundesjustizministerium am 6. September 2011 den Staatsanwaltschaften eine weitreichende Ermächtigung zur entsprechenden strafrechtlichen Verfolgung erteilte. Sie umfasst zurückliegende und künftige Straftaten von Angehörigen der Europaführung, von Deutschlandverantwortlichen und Leitern von Regionen und Gebieten der PKK sowie ihrer europäischen Teilorganisation CDK (Kurdische Demokratische Gesellschaft).

... und mit der Rechtmäßigkeit des § 129b

Es wird auch in diesem Verfahren die Frage der Rechtsstaatlichkeit dieser Regelung thematisiert werden, bleibt es doch einzig der Exekutive – hier dem Bundesjustizministerium – überlassen zu entscheiden, ob eine Vereinigung im Ausland als Befreiungsbewegung anerkannt oder als terroristisch einzustufen und mithin strafrechtlich zu verfolgen ist. Dies bedeutet praktisch, dass das deutsche Strafrecht im Wortsinne über Grenzen hinaus ausgeweitet wird und die Strafverfolgungsbehörden für Konflikte im Ausland instrumentalisiert werden.

Nichts ist von Dauer, auch das Unrecht nicht

Insbesondere vor dem Hintergrund des seit Jahren laufenden Gesprächsprozesses zwischen türkischer Regierung, Abdullah Öcalan und weiteren kurdischen Repräsentant*innen hätte das Justizministerium die Ermächtigung gegen Mehmet D. nicht erteilen dürfen. Stattdessen wäre eine Unterstützung des politischen Verständigungsprozesses zur Beilegung des türkisch-kurdischen Konflikts durch die Bundesregierung das richtige Zeichen der Zeit.

Quelle: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/

Überwindung des Schweigens

Das Buch unternimmt erstmals den Versuch, die erinnerungspolitische Bewegung im spanischen Staat in ihrer Komplexität darzustellen. Hierzu greift es auf umfangreiches Interviewmaterial mit Aktivist*innen zurück.

Silke Hünecke

Überwindung des Schweigens

Erinnerungspolitische Bewegung in Spanien

Broschur, 140× 205 mm
304 Seiten, 24.80 EUR [D]
ISBN 978-3-942885-73-7 |
WG 973
Edition assemblage

In dem Buch geht es um die erinnerungspolitische Bewegung im spanischen Staat, die seit der Jahrtausendwende erstarkt ist und deren Fokus auf die franquistische Repression und die antifranquistischen Widerstände gerichtet ist. Konkret geht es um die erinnerungspolitischen Aktivist*innen und deren Beweggründe, sowie um Interventionen, Strukturen und Perspektiven der Bewegung. Das Buch basiert auf Interviews mit Aktivist*innen aus Andalusien, dem Baskenland, Kantabrien, Katalonien und Madrid.

Die Auseinandersetzung mit der franquistischen Diktatur ist im spanischen Staat ein neues Phänomen. Bis ins Jahr 2000 wurde diese Vergangenheit weitestgehend ignoriert, marginalisiert und verdrängt: ins Private oder ins Exil. Zurückzuführen ist dies maßgeblich auf die franquistische Repression und das dadurch erzeugte Angstklima sowie den Pakt des Schweigens des Postfranquismus. Die zentralen Forderungen der erinnerungspolitischen Bewegung lauten Würde, Wahrheit, Erinnerung und Gerechtigkeit. Nach einem Jahrzehnt kontinuierlicher Interventionen lässt sich feststellen, dass die Bewegung einen maßgeblichen Beitrag zum Bruch mit dem gesellschaftspolitischen Schweigen und zur Dekonstruktion des Angstklimas geliefert hat.

Die Autor*in:

Silke Hünecke ist Politologin und aktive Antifaschistin. Ihr besonderes Interesse gilt der Bearbeitung von faschistischer und militärdiktatorischer Vergangenheit und Widerstandsbewegungen.

http://www.edition-assemblage.de/ueberwindung-des-schweigens/

Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge

Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung und von PRO ASYL

Sie gehen immer gleich vor: Getarnt als harmlose besorgte Bürger machen Rechtsextremisten gegen Flüchtlingsunterkünfte mobil und versuchen rassistische Ressentiments in der Nachbarschaft anzustacheln. Mit fatalen Folgen: Anschläge und Übergriffe häufen sich. Eine neue Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung und von PRO ASYL klärt über das Vorgehen der rechten Hetzer auf.

Menschenverachtende Hetze auf Facebook, rassistische Aufmärsche und Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte: In Deutschlandweit ist derzeit eine erschreckende Entwicklung zu beobachten, bei der Flüchtlinge wieder verstärkt zum Ziel von Vorurteilen, Hetze und Gewalt werden. Allein zwischen dem 1.01.2014 und dem 19.02.2014 wurden in Deutschland 20 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte verübt.

Der Hass auf Flüchtlinge ist ein konstantes Element der rechten Szene. Die heute veröffentlichte Broschüre deckt die Akteure und Strategien der geistigen Brandstifter auf und zeigt anhand konkreter Beispiele, wie die rechte Mobilisierung on- wie offline funktioniert.

Zudem wird deutlich, welchen großen Stellenwert eine aktive Zivilgesellschaft hat. Zuletzt gibt es Tipps, was jeder einzelne gegen die rassistische Hetze machen kann: für eine angstfreie und demokratische Gesellschaft.

„Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge“ (PDF-Dokument, 1.4 MB)

Leider ist die Broschüre in Printform bereits restlos vergriffen.

Quelle: http://www.asyl.org/mailman/listinfo/flucht

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Abgesang auf die AfD

Junge Freiheit Nr. 19, 20, 21, 22/2015

„Merkel stellt den Sekt kalt“, „Ich will keine Spaltung“, „Die Entscheidung“, „AfD vor der Spaltung“ – mit diesen Überschriften beschreibt das Blatt die Situation einer Partei, die es zum Hoffnungsträger rechtskonservativer Pläne gemacht hatte. Obwohl der AfD mit 5,5% auch der sichere Einzug in die bremische Bürgerschaft gelang, sieht Chefredakteur Dieter Stein kaum noch Chancen: „Anfang der Woche präsentierte AfD-Gründer Bernd Lucke die neue Plattform ‚Weckruf 2015‘, mit der er Anhänger für seinen Kurs sammeln will. Es ist eine kaum kaschierte Nötigung, eine Partei, die ihm entgleitet, noch einmal auf seinen Kurs zu zwingen. Es wäre ein Novum, wenn ein amtierender Vorsitzender einer Partei in der Partei gründet, um seine Wiederwahl abzusichern – und damit Erfolg hätte. Die Messen sind gelesen. Die Ehe wird geschieden. Frauke Petry wird nun alleine ein Konzept präsentieren müssen, wie sie mit der AfD trotz eines personellen Aderlasses von Lucke und seinen Getreuen neu starten will. Viele Mitglieder und Sympathisanten haben indes den Streit in der Führung satt. Eine nicht geringe Zahl droht in den nächsten vier weder Luckes ‚Weckruf‘ noch seinen Opponenten zu folgen, sondern sich frustriert abzuwenden. Diese Zahl wird umso größer sein, je weniger überzeugend der Plan B ist, den Petry jetzt schnell präsentieren muss – falls sich Lucke nicht doch noch überraschend durchsetzt.“ Und doch sieht Stein Hoffnung: „Die AfD ist nicht dem Untergang geweiht. Es gab schon weniger komfortabel ausgestattete Kleinparteien. Die AfD sitzt im Europaparlament und verfügt über vier Landtagsfraktionen. Auch die Grünen mussten nach ihrer Gründung eine Abspaltung mit einem großen Aderlass unter ihrem Gründungsvater Herbert Gruhl verwinden.“ Welche Landtagsfraktion Stein nicht mitzählt, ist unklar – bislang ist die AfD im brandenburgischen, thüringischen und sächsischen Landtag vertreten sowie in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Allerdings fürchtet Stein, dass die AfD dennoch auseinanderfliegt: „Die Zentrifugalkräfte in Parteien, die rechts von Union und FDP eingeordnet werden, sind jedoch enorm und werden regelmäßig unterschätzt. Sie haben schon zur jetzigen Krise beigetragen und werden nach dem Abgang überwiegend gemäßigter Mitglieder und Funktionsträger noch zunehmen.“ Wenn die bestehenden Fraktionen in unterschiedlichen Parteien oder Gruppierungen landen, können am Ende doch zwei Parteien dabei herauskommen. Ob dann der nationalistische Flügel Sieger bleibt, wird sich zeigen.

Der Ruf nach der Festung Europa

Junge Freiheit Nr. 22/15 vom 22. Mai 2015

Die zunehmende Zahl von Flüchtlingen, die es schaffen, lebend nach Europa zu kommen, ist für das Blatt ein „Asylansturm“. Und dieser Ansturm muss zurückgeschlagen werden: „Die EU-Außengrenzen abzuschotten und illegale Einwanderung abzuwehren liegt nicht nur im Interesse der europäischen Staaten, es ist auch ein Gebot der Humanität.“ Warum? Weil Geflüchtete dann nicht im Mittelmeer ertrinken – sondern ganz humanitär zu Hause sterben sollen. „Europa kann die Probleme der Welt nicht lösen, indem es jährlich Hunderttausende oder demnächst Millionen aufnimmt und so die Grundlage des eigenen Wohlstands zerstört. Es muss sich darauf beschränken, einigen wenigen Zutritt zu gewähren, die nach Herkunft und kulturellem Hintergrund integrierbar erscheinen.“ Das ist wirklich blanker Zynismus – die Geflüchteten sollen gefälligst den Reichtum Europas in ihren Heimatländern mehren, statt sich „mit modernster Technik“ ausgestattet auf unsicheren Booten in Richtung Europa zu begeben. Die modernste Technik sind Handys, die manche Geflüchteten haben, – und sie nutzen sogar das Internet – in öffentlich zugänglichen Internet-Cafés. Aber, befindet das Blatt: „Solange sogar die derzeit erwogenen halbherzigen Maßnahmen torpediert werden, bleibt die ‚Festung Europa‘ freilich Utopie. Jetzt rächt sich, dass man die Binnengrenzen öffnete, bevor gesicherte Außengrenzen als notwendige Voraussetzung dafür geschaffen waren.“

Eine Verbündete weniger

Junge Freiheit Nr. 22/15 vom 22. Mai 2015

Die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat die Forderung nach „Wiedergewinnung der Heimat“ aus ihrer Satzung gestrichen und einen Verzicht auf Entschädigung für die Enteignung der durch die Benesch-Dekrete Umgesiedelten beschlossen. Das ist bedeutend, verschwindet damit doch das revanchistische Element aus den Statuten eines großen Vertriebenenverbandes. Das Blatt schäumt – und vergleicht die Umsiedlung der deutschen Minderheit aus der Tschechoslowakei mit dem Völkermord an den Armeniern. Insbesondere der Verzicht auf Entschädigung bedeute eine „Alles darf vergessen“-Mentalität. Tatsächlich geht dem Blatt mit dem Sterben der Umgesiedelten-Generation eine nicht geringe Leserschaft verloren.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ bzw. IBAN / BIC Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370